# Politische Rundschau.

### Deutschland.

*Die Übersiedelung des kaiserlichen Hoflagers von Berlin nach dem Neuen Palais bei Potsdam hat begonnen.

*Der deutsche Kronprinz vollendete am 6. d. sein 24. Lebensjahr.

*Zum Nachfolger des verstorbenen preußischen Eisenbahnministers v. Budde soll der bisherige Kölner Eisenbahnpräsident Breitenbach in Aussicht genommen sein. Seine Ernennung dürfte bereits erfolgt sein, doch liegen amtliche Mitteilungen darüber noch nicht vor.

*Die Regierung soll nicht abgeneigt sein, dem Beschluß der Diätenkommission des Reichstages zuzustimmen, wonach den Mitgliedern des Reichstags, wie dies bis zur Mitte der achtziger Jahre bereits der Fall war, freie Fahrt auf allen deutschen Staatsbahnen und für die Dauer der ganzen Legislaturperiode gewährt werden soll. Es finden gegenwärtig hierüber Verhandlungen mit den Bundesregierungen statt.

*Die nächste Plenarsitzung des preuß. Herrenhauses findet am 25. Mai statt; in Aussicht genommen ist die Beratung der Wahlrechtsvorlagen.

*In den letzten siegreichen Gefechten in Ostafrika verloren die Rebellen über 400 Tote; auf deutscher Seite fielen 13 Hilfskrieger.

### Österreich-Ungarn.

*Der neue Ministerpräsident Prinz Hohenlohe hat seine Vorbesprechungen mit den einzelnen Parteiführern bereits begonnen. Das Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Führern der Opposition wird vorläufig geheimgehalten. Im allgemeinen bringt man dem neuen Ministerpräsidenten durchaus nicht so großes Vertrauen entgegen, als die Regierungsblätter anfänglich glauben machen wollten.

*Die Neuwahlen zu dem ungarischen Reichstag sind bis auf einige Stichwahlen beendigt und haben ein Ergebnis gezeitigt, wie es selbst die begeistertsten Kossuthianer vorher wohl nicht erhofft hatten. Die Unabhängigkeitspartei hat, selbst wenn die 40 kroatischen Abgeordneten sich mit den übrigen Parteien zur Opposition vereinigen sollten, immer noch die überwiegende Mehrheit im Reichstage. Man kann mit Recht sagen, daß die ganze ungarische Nation sich nach den Wahlen im Lager der Unabhängigkeitspartei vereinigt findet, d. h. daß die Grundlagen des Ausgleichs von 1867 völlig erschüttert sind. Man strebt in Ungarn nach Trennung von Österreich.

### Frankreich.

*Die Deputiertenwahlen sind am Sonntag vollzogen worden. Die Regierungsmehrheit wird nach dem Ausfall der neuen Wahlen erhalten bleiben; sämtliche Minister sind wiedergewählt.

### England.

*Die Meldungen von einem bevorstehenden engeren Einverständnis zwischen England, Rußland und Frankreich in den asiatischen Fragen werden in englischen und französischen Blättern eifrig besprochen. Man zweifelt nicht daran, daß bezüglich Ostasiens sofort nach Bildung des neuen russischen Kabinetts ein englisch-russisches Übereinkommen zustande kommen wird.

### Schweiz.

*Bei der ersten Wahl der bernischen Regierung durch das Volk wurden die bisherigen neun Mitglieder, sieben Radikale und zwei Konservative, wiedergewählt.

### Italien.

*Ganz Italien steht unter dem Eindruck der Enthüllungen der parlamentarischen Untersuchungskommission, die in der Verwaltung der Kriegsmarine schwere Schäden aufgedeckt und schonungslos ihre Ermittelungen der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Ehe Sonnino Ministerpräsident wurde, leitete er gemeinsam mit dem Sozialisten Ferri den Kampf gegen die Marineverwaltung. Ferri wurde damals zu einer längeren Freiheitsstrafe und zur Tragung der Kosten des Riesenprozesses, den die Marineverwaltung für den Minister, Admiral Bettoli, angestrengt hatte, verurteilt. Und nun nach drei Jahren stellt sich heraus, daß die damals durch harte Strafe geahndeten Beschuldigungen zu Recht erhoben waren. Natürlich triumphiert jetzt Ferri, und seine Genossen werden diesen Fall nicht ungenutzt lassen, wenn die neuen Wahlen herannahen.

### Rußland.

*Gegen den General-Gouverneur von Moskau, Admiral Dubassow, wurde eine Bombe geschleudert. Der Admiral wurde schwer verwundet, sein Adjutant, der Kutscher, ein Schutzmann und der Attentäter wurden getötet. Dieses neue Attentat hat in ganz Rußland ungeheures Aufsehen hervorgerufen, da man schon seit Wochen wußte, daß gegen den General-Gouverneur ein Anschlag geplant sei und ihn daher mit allen nur erdenklichen Sicherheitsmaßregeln umgab. Bemerkenswert ist, daß der Attentäter, über dessen Person alle Angaben fehlen, Offiziersuniform trug.

*Der Petersburger „Regierungsbote" meldet die auf sein Gesuch erfolgte Enthebung des Grafen Witte vom Posten des Präsidenten des Ministerrates unter Belassung seines Sitzes im Reichsrate und unter Belassung seiner Würde eines Staatssekretärs sowie unter Verleihung des Alexander-Newsky Ordens mit Brillanten, und ferner die Enthebung Durnowos vom Posten des Ministers des Innern unter Ernennung zum Staatssekretär und unter Belassung der Würde eines Senators. Gleichzeitig wird die Ernennung Goremykins zum Präsidenten des Ministerrates bekannt gegeben.

### Balkanstaaten.

*Der Streit zwischen England und der Türkei wegen der syrisch-ägyptischen Grenze wird seit der Absendung des englischen Ultimatums und dem Eintreffen der ersten Verstärkungen für die englische Besatzungstruppe in Ägypten immer schwieriger. Die englische Regierung hofft ja offenbar, daß der Sultan noch nachgeben werde, ist aber für den andern Fall zu dem schärfsten Vorgehen entschlossen und hat dabei die gesamte öffentliche Meinung des Landes hinter sich. Man rechnet in London mit der Notwendigkeit, ein Geschwader nach Konstantinopel entsenden zu müssen.

*In Bulgarien erregt augenblicklich eine politische Bestechungsaffäre großes Aufsehen. Nach Meldungen aus Sofia wird dort ein Beleidigungsprozeß gegen das Organ der Nationalpartei, die Zeitung „Mir", verhandelt, die den Ministerpräsidenten Generalmajor Petrow und den Kriegsminister Generalmajor Sawow beschuldigt hatte, bei der Patronenbestellung im Jahre 1903 Bestechungsgelder in Höhe von 165 000 Frank angenommen zu haben. Ein Hauptzeuge, der Unternehmer Kiszelow, machte gegen die beiden Minister schwer belastende Aussagen.

### Amerika.

*Im Senat in Washington ist eine Einigung über den Gesetzentwurf betreffend die Eisenbahntarifsätze erzielt worden und ein Übereinkommen bezüglich der strittigen Punkte zustande gekommen, der, wie es heißt, auf die Zustimmung des Präsidenten Roosevelt rechnen kann. Die Schwierigkeiten für die Annahme des Gesetzes sind somit behoben.

*Der Lohntarifausschuß der Hartkohlengräber empfahl den Arbeitern, die Vorschläge der Zechenbesitzer anzunehmen. Die Vorschläge gehen dahin, zu den Bedingungen des Vertrages von 1903 weitere drei Jahre zu arbeiten. Das Komitee der Arbeiter und dasjenige der Zechenbesitzer sind am Montag in New York zusammengekommen, um den neuen Vertrag abzuschließen. Damit hat der einen Monat dauernde Ausstand ein Ende.

### Afrika.

*Die Kämpfe der Engländer gegen die Aufständischen im Zululand sind Londoner Meldungen zufolge überaus verlustreich und haben bisher zu keinem nennenswerten Erfolg geführt.

# Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am 5. d. die Beratung der Zigarettensteuer bis zum § 7 fort. Ein Teil der Paragraphen wurde ohne Debatte, andre nach einer Besprechung genehmigt, in der hauptsächlich Sozialdemokraten und Freisinnige das Wort zur Bekämpfung der Vorlage und ihrer einzelnen Bestimmungen ergriffen. Die Mehrheit ließ nur hin und wieder durch die Abgg. Jäger (Zentr.), Erzberger (Zentr.) und Held (nat.-lib.) ihre Beschlüsse verteidigen. Ebenso trat Schatzsekretär v. Stengel den erhobenen Einwendungen entgegen. Ein Antrag der Sozialdemokraten gegen die Heimarbeit in der Zigarettenindustrie wurde abgelehnt, nachdem unter andern Schatzsekretär v. Stengel hervorgehoben hatte, es handle sich um eine Steuervorlage, nicht um eine Novelle zur Gewerbeordnung. Er bemerkte aber, wenn die von der Kommission vorgeschlagene Resolution in Sachen der Heimarbeit genehmigt würde, würden die verbündeten Regierungen zweifellos die Angelegenheit in Erwägung ziehen.

Am 7. d. wird die zweite Beratung des Zigarettensteuergesetzes fortgesetzt. Die §§ 9 ff. werden angenommen, ohne daß es zu wesentlichen Debatten kommt. Als § 32a beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (soz.) eine Bestimmung, welche eine Entschädigung der innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes arbeitslos werdenden Zigarettenarbeiter und Zigarettenarbeiterinnen mit einer einmaligen Abfindungssumme zwischen 500 bis 2500 Mk. per Kopf vorsieht. Die Höhe der Entschädigung soll sich nach der Zahl der in der Tabakindustrie verbrachten Arbeitsjahre richten. Ein Amendement des Abg. Grafen Mielczynski (Pole) will die Bestimmungen des Antrages Albrecht auch auf Heimarbeiter ausdehnen.

Abg. Molkenbuhr (soz.) begründet den Antrag seiner Partei. Man müsse den arbeitslos werdenden Leuten die Möglichkeit gewähren, sich eine andre Existenz zu gründen oder auszuwandern. Bei der Übernahme von Privatposten, beim Süßstoffgesetz, namentlich aber auch bei der Aufhebung der Steuerfreiheit der Standesherren habe man die Ersatzpflicht des Staates anerkannt.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Die Kommission hat denselben Antrag bereits mit großer Mehrheit abgelehnt. Ich bitte das Plenum dringend, ebenfalls den Antrag abzulehnen. Die Vorgänge bei der Beseitigung der Privatposten lassen sich mit diesem Gesetz nicht vergleichen, durch das nicht ein ganzes Gewerbe verboten werden soll. Die Besorgnisse wegen des Konsumrückganges sind schrecklich übertrieben. Auch von der Schaumweinsteuer befürchtete man einen Konsumrückgang, und jetzt wird mehr Sekt getrunken als früher.

Abg. Graf Mielczynski (Pole) befürwortet warm den sozialdemokratischen Antrag und sein dazu gestelltes Amendement.

Abg. Jäger (Zentr.) spricht sich gegen den Antrag aus. Beim Bleiweißverbot, das sie selbst beantragt haben, dachten die Sozialdemokraten an keine Entschädigung, obwohl dadurch doch viel mehr Arbeiter brotlos geworden wären.

Abg. Held (nat.-lib.): Die jungen Mädchen werden schon wieder Arbeit finden, z. B. in der Kartonnagenbranche. Wer wird denn feststellen können, ob die Arbeiterinnen gerade wegen dieses Gesetzes entlassen werden?

Abg. v. Elm (soz.) tritt für Annahme des Antrags Albrecht ein. Der Schatzsekretär sprach von Übertreibungen und verwies auf das Schaumweinsteuergesetz. Arbeiterzigaretten und Champagner lassen sich doch nicht miteinander vergleichen. Wenn man sagt, daß es sich um junge Mädchen und nicht um Familienväter handle, so möchte ich darauf hinweisen, daß viele dieser Mädchen die Stützen ihrer Eltern sind.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Ein Monopol würde eine Entschädigung notwendig machen, ein einfaches Steuergesetz nicht.

Abg. Molkenbuhr (soz.): Wenn es sich um eine Entschädigung von Fabrikanten handelt, hat die Regierung immer Geld.

Abg. Graf Mielczynski (Pole) versucht nachzuweisen, daß schon auf die bloße Nachricht von der Zigarettensteuer eine Panik in der Industrie ausgebrochen sei.

Die Anträge Albrecht und Mielczynski werden abgelehnt. Dagegen wird auf Antrag Held (nat.-lib.) ein § 32a eingefügt, der Bestimmungen über die Ausfuhrvergütung trifft. Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen, desgleichen die Kommissionsresolution auf Ausdehnung der Bundesratsbestimmungen über die Heimarbeit auf die Tabakindustrie.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Reichsstempelgesetz, zunächst des Stempels auf Frachturkunden.

Die Kommission hat beschlossen, Frachturkunden für ganze Schiffsladungen und für ganze Eisenbahnwagenladungen im inländischen und Binnenverkehr mit 20, 50 Pf. bezw. 1 Mk. je nach der Höhe der Frachtbeträge zu besteuern. Die Besteuerung von Paketadressen, Gepäckscheinen usw. hat die Kommission indessen abgelehnt.

Die Abgg. Lipinski (soz.) und Kämpf (frs. Vp.) begrüßen zwar die von der Kommission vorgenommenen Streichungen, bedauern aber die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen für den Binnenverkehr. Handel und Verkehr bedanken sich schönstens dafür, das Objekte für gewaltige Experimente angesehen zu werden. Unter Umständen kann der Frachtstempel 4 Prozent des Frachtbetrages ausmachen. Das ist eine überaus empfindliche Belastung von Handel und Verkehr.

Staatssekretär Frh. v. Stengel verwahrt sich gegen den vom Abg. Kämpf gegen das Reichsschatzamt erhobenen Vorwurf des leichtfertigen Hinweggehens über die Wohlfahrt des Volkes. Das Reichsschatzamt ist sehr sorgfältig bei der Ausarbeitung seiner Vorlagen vorgegangen. Wir sind von der Ansicht ausgegangen, daß Handel und Verkehr sehr wohl in der Lage sind, derart minimale Abgaben zu tragen.

Abg. Graf v. Kanitz (kons.) beantragt, auch den Verkehr mit ausländischen Flußhäfen dieser Besteuerung zu unterwerfen.

Abg. Gothein (frs. Vgg.): Es ist ein Schnupper und Schnitzer ohnegleichen, daß die Kommission diesen ausländischen Binnenverkehr, der außerordentlich bedeutend ist, nicht berücksichtigt hat. Charakteristisch für die Art, wie die Kommission gearbeitet hat, ist auch der Umstand, daß niemand auf den Gedanken gekommen ist, daß die Einführung des Stempels dem Artikel 54 Absatz 2 der Reichsverfassung und der Rhein- und Elb-Schiffahrtsakte widerspricht.

Die Abgg. Dove (frs. Vg.) und Kämpf wollen diesen Teil der Vorlage an die Kommission zurückverweisen.

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Eine Zurückverweisung würde ein Scheitern der Reichsfinanzreform für diese Session bedeuten. Aus den Kreisen des Seeschiffahrtsverkehrs sind wie Klagen gekommen. Deshalb wird der Binnenschiffahrtsverkehr die kleine Belastung auch tragen können. Die Berufung auf die Verfassung trifft nicht zu. Artikel 54 schließt nur Schiffahrtsabgaben aus, nicht aber Stempelabgaben für Frachturkunden. Wenn im übrigen diese Bestimmung gegen die Verfassung verstößt, so kann ja die betreffende Verfassungsbestimmung geändert werden. Die ganze Reichsfinanzreform involviert ja doch auch eine Verfassungsänderung.

Abg. Wiemer (frs. Vp.) bekämpft die Kommissionsbeschlüsse, deren Tragweite man im Augenblick nicht übersehen konnte. Beim Übergang von der Eisenbahn auf das Schiff wird sogar für dieselbe Ladung der Stempel doppelt erhoben. Die Kleinschiffer sind heute schon mit Abgaben so belastet, daß man durch Einführung neuer Abgaben ihre Existenz gefährdet.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Lipinski (soz.) und Dove (frs. Vgg.) wird der Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission abgelehnt und die Kommissionsvorlage mit dem Antrage Kanitz angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus.

# Von Nah und Fern.

**Ein Kaiserfaal auf dem Kyffhäuser.** Die dem deutschen Kriegerverein gehörige, am Kyffhäuserdenkmal im Walde gelegene Denkmalswirtschaft hat Prof. Bruno Schmitz, der Erbauer des Denkmals, durch den Umbau des großen Saales um eine Sehenswürdigkeit bereichert. Der Saal macht nach seiner nunmehrigen Fertigstellung den Eindruck eines Festraumes in einem altdeutschen Rathause. Die Ausschmückung des Saales und die Entwürfe für die Fensterbilder hat Maler August Urger in Berlin geliefert; die Ausführung der Fenster rührt vom Glasmaler Wichmann in Berlin her.

**Für die Opfer des Grubenunglücks in Courrières** hat, wie im französischen Ministerrat der Minister des Auswärtigen Bourgeois mitteilt, der deutsche Botschafter Fürst Radolin ihm 246 000 Frank überweisen lassen. Er habe darauf den Fürsten gebeten, den großherzigen Gebern den Ausdruck der Dankbarkeit der französischen Regierung und der von der Katastrophe betroffenen Bevölkerung zu übermitteln.

# Die Wage der Gerechtigkeit.

4] Roman von Maximilian Brytt.

(Fortsetzung.)

Es glänzte feucht in ihren Augen, von deren stahlblauer Regenbogenhaut Arnold in dieser Sekunde überhaupt nichts wahrnahm; er sah nur die großen Pupillen, in denen sich das Fenster mit dem Lehnstuhl und seinem Bilde widerspiegelte. Eine Weile schwieg er.

„Ja, Stephanie," kam es dann in leisem, etwas verzagtem Ton von seinen Lippen, „ich liebte."

Sie nickte vor sich hin und nahm einen Gang durchs Zimmer auf. An Benjamins großem Schreibtisch blieb sie stehen und spielte mit einem dolchartigen Brieföffner, scheinbar ganz in diese Beschäftigung vertieft.

„Und es war eine unglückliche Liebe, Arnold?"

„Ja — es war eine unglückliche Liebe."

Abermals eine Pause.

„Und weil Sie glaubten, daß ich unglücklich liebte, hielten Sie mich für befangen und wollten sich mir nicht offenbaren? Auch nicht — vor Ihrer Verlobung?" fragte er mit merklich zitternder Stimme.

Stephanie bejahte stumm.

„Ich hätte es für den Beweis einer großen Freundschaft gehalten, Stephanie. Denn wie es so ganz unerwartet geschah, da erschien es mir unfaßbar, unerklärlich. Ich . . . ich verzweifelte damals an Ihnen, Stephanie."

Sie stützte das Antlitz in die Hände, sich halb über die Schreibtischplatte lehnend. An den Erschütterungen ihrer Schultern sah Arnold, daß sie weinte.

Nun nahm er ihr eine Hand vom Antlitz und hielt sie in der seinen. „Sprechen Sie sich aus, Stephanie. Erklären Sie mir das Unerklärliche. — Ich glaubte Sie nach dem Tode Ihrer Mutter durch die gut angelegte Pension materiell ziemlich gesichert, und da plötzlich höre ich von einer Verlobung, die — Sie werden mir das häßliche Wort verzeihen — die mir den Eindruck einer Geldheirat machen mußte!"

Sie hatte ihm in ziemlicher Erregung ihre Hand entzogen; ihre Tränen trocknend erhob sie sich vom Schreibtischstuhl. „Gut, Sie sollen alles erfahren. Sie sollen mich verstehen lernen." Sie atmete tief auf. „Natürlich glauben Sie, ich könnte meinem Bräutigam keine aufrichtige Neigung entgegenbringen, weil er um mehr als zwanzig Jahre älter ist als ich, nicht wahr? Nun, ich will Ihnen gestehen: ich habe in tausend Wechselfällen des Lebens seinen lauteren Charakter schätzen gelernt. Und denken Sie sich den Eindruck, den sein Antrag gerade in jener schweren Zeit auf mich machen mußte, als unser ganzer Hausstand durch die unglückliche Spekulation Benjamins zusammenzubrechen drohte!"

Bei den letzten Worten Stephanies hatte Arnold sein Haupt rasch erhoben. „Wie soll ich das verstehen?"

„Das Patentbureau, in dem Benjamin sich eine sichere Existenz zu gründen gehofft hatte, mußte Konkurs anmelden — Klagen kamen — man wollte zur Pfändung schreiten. Da war es Franz, der sich unsrer annahm. Er löste Benjamins Verbindlichkeiten. Und — trug mir Herz und Hand an. Das waren qualvolle Tage des Zweifels. Ich sah ein, daß ich ja nicht über mein Schicksal allein zu entscheiden hatte: mit dem meinigen war auch das der unpraktischen, hilflosen, in vornehmer Nichtstuerei und in Armut aufgewachsenen Tante Gusti innig verquickt!" Ein mattes Lächeln erschien auf ihrem Antlitz. „Warum sollte ich nicht glücklich werden an Franzens Seite? Er liebt mich — ich achte ihn. Es ist nicht das stürmische, jauchzende Glück, von dem ich früher — ein halbes Kind noch — einmal geträumt habe; aber gehen denn alle Märchenwünsche in Erfüllung? Sagten Sie vorhin nicht ebenfalls, daß Sie unglücklich geliebt haben? . . . Nur, sehen Sie, Arnold, Sie werden diese Wunde, die das Schicksal Ihrem Herzen schlug, auch einmal vernarben sehen — und dann erblüht Ihnen gewiß ein andres, wenn auch stilleres Glück!"

Fest sah er ihr ins Antlitz, so daß sie eine leise, seltsame Verwirrung überkam. „Nie, nie wird das geschehen, Stephanie. Ich habe nur einmal geliebt — und das wird der Inhalt meines Lebens bleiben!"

Sie wußte sich seinen rätselhaften Blick, der etwas unsagbar Leidensvolles, dabei aber auch Vorwurfsvolles besaß, nicht zu deuten.

„Was ist Ihnen nur, Arnold?" Sie sagen mir Furcht ein!" sagte Stephanie immer ängstlicher.

„Eine seltsame Ideenverbindung!" sagte er mit einem seltsamen Lächeln. „Ich dachte da eben an Benjamin . . . Erklären Sie mir doch, Stephanie, was Ihr Bruder mit der „Levantina" zu tun hat!"

„Benjamin — ach, an den dachten Sie?" Es lag eine so hörbare Enttäuschung in ihrem Ton, daß Arnold annehmen mußte, sie habe etwas ganz andres aus seinem Munde erwartet.

Draußen klingelte es in diesem Augenblick zweimal hastig hintereinander. Man hörte das Mädchen die Tür öffnen — dann vernahm man lebhaftes Durcheinandersprechen: die tiefe, gemütliche Stimme des Bräutigams, das scharfe, schneidige Organ Benjamins, und die aufgeregte Stimme der Tante Gusti.

„Franz hat ihm ein Kapital vorgeschossen," sagte Stephanie, „eine hohe Summe, durch die Benjamin Teilhaber der „Levantina" geworden ist. Ende Oktober ist das Geschäft zustande gekommen."

Arnolds Augen hatten sich immer mehr vergrößert — gleichzeitig nahm sein Gesichtsausdruck eine derartige Verwunderung an, während sich tiefe Falten auf seiner Stirn bildeten, daß Stephanie, selbst verwirrt geworden, ihn nach dem Grund seiner Überraschung fragen wollte.

Doch da öffnete sich bereits die Tür, und die Verwandten traten ein.

Zufällig hatten Franz und Benjamin, die sich auf einer Einkaufsfahrt durch die Stadt befanden, die Tante, die gerade in eine Droschke einsteigen wollte, um nach Hause zu fahren, entdeckt und trotz ihres Protestes mitgenommen.

Weder Arnold noch Fräulein von Reck